**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 50 (1956)
**Heft:** 6

**Artikel:** Fragen zu unserer Sondernummer
**Autor:** [s.n.]
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-140090

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

welche gegen die Initiativen und ihre Initianten erhoben worden sind, mit Entschiedenheit zurück.

Das Komitee erklärt:

1. Die erste der beiden Initiativen postuliert für Militärausgaben, welche über die Grenze von 500 Millionen Franken hinausgehen, die Souveränität des ganzen Volkes. Dies bedeutet, daß, wenn auf Grund einer Gesamtkonzeption der Landesverteidigung ein Rüstungsprogramm aufgestellt würde, welches die Schweiz jährlich mit mehr als einer halben Milliarde belastet, der Mehrbetrag wegen der außerordentlichen Höhe dieser Aufwendungen zur Abstimmung dem ganzen Volke unterbreitet werden soll. Das ist keine Schwächung der Landesverteidigung, sondern eine Stärkung der Demokratie.

2. Die zweite der beiden Initiativen entspricht den Intentionen prominenter Politiker und Parlamentarier der Schweiz und will die aktive Neutralität an Stelle der passiven fördern und die Mitverantwortung unseres Landes in der Minderung des Weltelendes verstärken. Da Länder, in welchen das soziale Elend die Massen zur Verzweiflung treibt, zudem ganz besondere Gefahrenherde in der Weltpolitik sind, wird eine solche Solidaritätsaktion den Völkerfrieden fördern und deshalb auch ein Beitrag zur nationalen Landesverteidigung sein.

Wir rufen die demokratischen Kreise und die aufrichtigen Friedensfreunde dazu auf, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß unser Vaterland seine Verantwortung unter den Völkern entschiedener bejaht und den ihm möglichen bescheidenen Beitrag leistet, um Menschen dem sie radikalisierenden Elend zu entreißen und Spannungen zwischen den Nationen zu lindern. Da ein dritter Weltkrieg eine unabsehbare Katastrophe heraufführen würde, kann kein Opfer zu groß sein, das die Völker, und mit ihnen die Schweiz, zu seiner Verhinderung bringen.

# Fragen zu unserer Sondernummer

Zu unserer März-Sondernummer haben wir eine große Anzahl Zuschriften erhalten, die sich überwiegend zustimmend äußern. Vor allem auch von Katholiken kamen solche Äußerungen, die uns zeigen, wie stark in der katholischen Welt heute (gewiß unter einer Minderheit) das persönliche Gewissen in der verantwortlichen Stellungnahme zu den Grundfragen unserer Zeit wach ist. Welch schwere Kämpfe und Konflikte mögen aber gerade diesen Vorkämpfern einer ernsthaften christlichen Glaubenshaltung gegenüber den Geschehnissen dieser Welt im Bereich der katholischen Kirche noch bevorstehen! Darüber darf man sich, glauben wir, nicht täuschen.

Wir möchten im folgenden auf einige Fragen eingehen, die von befreundeter Seite gestellt wurden.

1. Weil wir schon das Thema der katholischen Kirche und der vatikanischen Politik angeschnitten haben, so möchten wir nur sagen, daß die im F.-D.-R.-Bericht enthaltene Anklage eben gegen die vatikanische Politik sehr mißverstanden würde, wenn man sie als Hetze gegen die katholische Kirche leichtfertig abtäte. Doch dieses verhängnisvolle Wirken der vatikanischen Politik besteht. Man kann versuchen, durch den Hinweis auf die verschiedenen Eisen, die diese Politik im Feuer hat, oder durch den Hinweis auf die Undurchsichtigkeit der letzten Absichten und Meinungen dieser Politik, auf die Weitmaschigkeit ihrer oft nur gerade *opportunen* Entscheidungen und Bündnisse eine Entschuldigung und Rechtfertigung für diese Politik zu gewinnen. Das alles räumt die verhängnisvolle Auswirkung, die gerade in den opportunen Bündnissen dieser Politik liegt, nicht beiseite und ändert nichts an dem Grundverhängnis, daß sie *Machtpolitik* mit dem Instrument einer Religion ist, die sich auf diesem Boden als «christlicher Glaube» verfehlen muß und dem Reiche Christi nicht dienen kann, sondern es *usurpieren* muß, und die auf die *Beerbung der Weltreiche wartet.* Steht darauf die Verheißung Christi? Müssen die katholischen Völker und die übrige Welt nicht seit Jahrzehnten die Katastrophe dieser katholischen Politik durch ihre eigene Katastrophe bezahlen? Wir brauchen hier sicher keine Beispiele zu nennen.

2. Was die westliche Politik und die Demokratie betrifft, so wären wir froh, wenn wir die im Bericht zu einem Teil dargestellte Schwenkung dieser Politik gegen Rußland und für das neue Bündnis mit Deutschland, mit der katholischen Welt und mit den faschistischen Mächten wirklich aus der Betonung und Vertretung der echten Demokratie gegenüber dem Totalitarismus erklären könnten. Alle Tatsachen sprechen aber dagegen. Es war vielmehr das politische Machtkalkül der die Politik Roosevelts immer ablehnenden Kreise, welche jene Schwenkung sofort nach dem Tode Roosevelts bestimmte. Jene Kreise wollten ihrem nicht neuen, sondern sehr alten Antikommunismus zum Durchbruch verhelfen und durch ihre Weltkoalition die kapitalistische Welt retten. Die endgültige *Abrechnung* mit dem gehaßtesten Gegner auf der Grundlage zuerst des Atombomben*monopols* und dann der atomischen *Überlegenheit* wollten sie mit allen Mitteln durchsetzen. Sie waren durch die Ereignisse verhinderte Verbündete des Faschismus und Nazismus, sie sind heute wieder Verbündete des Faschismus, und die Früchte ihrer Politik, die wir uns genau ansehen müssen, bestanden nicht in der innern und äußern Stärkung der Demokratie, auch nicht in ihren eigenen Ländern (man denke an Amerika selbst!), sondern in der Durchsetzung ihrer eigenen Macht, der die Demokratie mit ihren Losungen und Werten höchstens als Mittel und als Wandschirm diente.

Sie benutzen aber die in den Völkern vorhandene Grundbereitschaft für eine echte Demokratie, um ein System und eine Herrschaft zu befestigen, die entscheidend mitschuldig waren am Sturz der Völker in den Zweiten Weltkrieg hinein.

Roosevelt wußte etwas von der verhängnisvollen Rolle und der schweren Schuld dieser Mächte.* Er war sich auch klar darüber, daß der Kommunismus keine bloße Machtfrage, sondern eine grundlegende menschliche Frage stellte, die nur durch den Aufbau einer echten Friedenswelt gelöst werden könnte. Was zu dieser Friedenswelt gehört, das war und ist die große und entscheidende Frage unserer Zeit. Sicher gehört dazu vornehmlich auch ein grundlegendes Ringen mit der kommunistischen Welt um die wirkliche Begründung einer menschenwürdigen und menschlichen Welt, die niemals eine Welt der Gewalt, der Gewalttätigkeit und des Totalismus sein kann. *Es galt, den Geist und die schöpferische Energie der Demokratie in der Lösung der politischen und sozialen Grundfragen unserer Zeit zu bewähren.* Es standen, wie sich gezeigt hat, ungeheure, auch materielle Mittel dafür zur Verfügung, und gewaltige Kräfte wären auch in den vom Krieg heimgesuchten Völkern dafür in Bewegung zu setzen gewesen. Man muß sich nur fragen, was der Westen statt dessen eingesetzt hat, für welche *Interessen* er bis heute kämpft, um eine Antwort zu bekommen auf die Frage, wie es sich mit seinem Kampf um die Demokratie in Wahrheit verhält. Die Kreuzzugs-, Kriegs- und Polizeipolitik in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus konnte nur den Willen der kommunistischen Welt verstärken, koste es, was es wolle, dem Schlag den

---

* Folgende Nachrichten (der Zeitschrift «Der Christ in der Welt» entnommen) werfen darauf ein Schlaglicht: «Während die Weltpresse die Gewalttaten des Kolonialmilitarismus auf Zypern ‚kommentiert' — um zum so und so vielten Male die Ohnmacht des ‚Weltgewissens' gegenüber der brutalen Militärgewalt zu bekunden –, kommen Nachrichten über das barbarische Vorgehen der amerikanischen Militärdiktatur auf der 600 000 Einwohner zählenden Insel Okinawa, einem zentralen Stützpunkt der amerikanischen Expansion im Pazifik. ‚Um 7 Uhr früh', so heißt es in einem authentischen Bericht, ‚kamen schwerbewaffnete Soldaten und technische Streitkräfte und begannen die Dächer und Mauern niederzureißen; ein Haus nach dem andern wurde zerstört und von schweren Maschinen niedergewalzt. Selbst die Wassertanks, in denen das Regenwasser aufgefangen wird (es ist eine wasserarme Gegend), wurden vernichtet. Die Bauern wurden in Zelten zusammengepfercht, wo sie sich stumm ihrem Schicksal ergaben, nachdem ihre Häuser zerstört worden waren.' Das ist das Werk, so bemerkt ‚Peace News', amerikanischer Truppen, zehn Jahre nach Beendigung des Krieges, mit dem vorgegebenen Ziel, der Welt ‚die Freiheit' zu sichern! – Die Insel Okinawa wurde nach Kriegsende den Japanern abgenommen. Sie ist Schlüsselstellung für diesen Teil der Welt. ‚Eine Basis', so schreibt das halboffizielle Blatt „US News and World Report", ‚von der aus wir zuschlagen können. Von hier aus beherrschen die amerikanischen Bomber jeden Festlandhafen von Wladiwostok bis Singapur.' Zurzeit leben etwa 40 000 Amerikaner auf der Insel. Vierzig Prozent des bebaubaren Bodens sind für militärische Zwecke verwendet worden ... ‚Freiheit, die ich meine ...'»

Gegenschlag entgegenzusetzen. Heute steht kein durch die Politik der sogenannten Stärke geschwächtes, sondern ein ungeheuer starkes kommunistisches Lager dem Westen gegenüber, das keineswegs ein «Koloß auf tönernen Füßen» ist, sondern in der Herausforderung des Westens immer mehr an Boden gewinnt. Nicht diese westliche Politik war und ist die demokratische Alternative, sondern eine schöpferische, auf das Reich Gottes verpflichtete und den Völkern in ihrer Not, ihrem Hunger und Elend aufhelfende Demokratie, die eine *aktive Friedenspolitik* mit einer *aktiven Politik der sozialen Gerechtigkeit*, ja des *Sozialismus* zu verbinden weiß. Man kann einer Welt, die nur die Wahl hat zwischen der Erringung des wirklichen Friedens und dem Tod, nicht durch einen totalen Krieg gegen einen eingebildeten «Feind», der aus egoistischen Gründen geführt würde, Hilfe bringen. Ist dies nicht durch die Ereignisse seit 1945 bis heute ganz offensichtlich geworden? Die Alternative des Krieges ist, *auch im Geiste schon*, Wahnsinn und Selbstmord. Man weiß es. Es hilft nicht einmal, daß die Kommunisten es auch wissen. Die Frage ist vielmehr, ob und wie beide Seiten aus dieser zur Hölle führenden Sackgasse herauskommen und sich wirklich den Problemen unserer Welt stellen. Nicht eine falsche Verteidigung der Demokratie oder gar die *Bewahrung*, «coûte que coûte», der bürgerlichen Gesellschaft oder des american way of life mit seiner unheimlichen Fundierung auf dem Geschäft und der Rendite steht noch zur Diskussion, sondern die entscheidende *Bewährung* der Demokratie.

3. Wenn man von einer bloßen «Vernunftehe» zwischen dem Westen und Rußland spricht, so darf man sich das sicher nicht so leicht machen, daß man von «nur» einer Vernunftehe spricht. Eine solche richtet doch sicher auch und gerade zwischen Völkern eine sittliche und geistige Verantwortung auf, die man nicht durch eine Politik des Hasses zerstören darf. Diese Aufgabe einer auch den Gegner oder den «Feind» verantwortenden Politik war und ist sicher auch dem deutschen Volke gegenüber gestellt. Wir fragen: Hat sich die Demokratie in dieser schweren Aufgabe wenigstens zu bewähren versucht, und wie steht es mit der Hinwendung des deutschen Volkes zu einer wahrhaft demokratischen Lösung seiner Grundprobleme?

4. Noch ein kurzes Wort zur Frage der deutschen Kriegsgefangenen. Sie ist nicht zu bedenken ohne das von Deutschland an den Ostvölkern systematisch verübte Verbrechen. Sie wurden jahrelang verübt, und man tut gut, sich gründlich darüber zu informieren, ebenso gründlich wie über die russischen Greuel und die kommunistische Gewaltpolitik. Bis heute ist die Frage nicht geklärt, wie es sich nun wirklich mit der jahrelang behaupteten Zurückhaltung einer so großen Anzahl von deutschen Kriegsgefangenen in Rußland verhält. War die offizielle deutsche Angabe wahr oder stimmten die viel näher bei den russischen Angaben liegenden Forschungen des Roten Kreuzes und

anderer Organisationen, wie der «Stimme der Gemeinde»? Sollten die in der Operation «Sonnenaufgang» nach dem Westen geretteten deutschen Soldaten vielleicht etwas mit den behaupteten zurückgehaltenen Millionen Kriegsgefangenen in Rußland zu tun haben? Wir verweisen in dieser Sache auch auf Tatsachen in einem uns zugegangenen Brief, die wir anschließend an unsere Ausführungen veröffentlichen.

Und zum Schluß: Wir glauben, daß es in dieser Sache nicht bloß um eine gerechte Abwägung verschiedener Standpunkte, die gewiß auch ihr Recht hat, geht, sondern um ein heißes Bemühen um die *Wahrheit*. Dieses und eine echte brüderliche Liebe hätten gewiß nicht zur Spaltung in der Religiös-Sozialen Bewegung der Schweiz geführt, wohl aber zu ihrer innern Vertiefung und zum Versuch einer echten Antwort für die Welt, die heute, ob wir wollen oder nicht, zu einer endgültigen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschlossen ist und sicher nicht durch die Kainstat des einen Teils am andern gerettet werden kann.

*Die Redaktion*

Der Auszug aus dem oben erwähnten Brief lautet:

Liebe Freunde!

Meinen besten Glückwunsch zur Herausgabe des Sonderheftes mit dem Offenen Brief an F. D. R. Das war *wirklich eine Tat!* Wir kommen nur weiter, wenn wir ganz rücksichtslos die Wahrheit sagen. Und dies ist die Wahrheit. Leider – möchte ich fast sagen – für mich kaum überraschend. Ich wußte das alles in den Grundzügen längst, wenn ich auch für die vielen mir neuen Argumente und die Dokumentation sehr dankbar bin.

Ich kannte auch die Rolle, die ganz entscheidend der Vatikan spielte und spielt. Ich habe ab 1932 als staatenloser Emigrant in Spanien gelebt, habe die Grauen des Bürgerkrieges mitgemacht, das heißt ich war von 1936 bis 1945 im Gefängnis dort. Ich weiß, daß der Klerus der wichtigste Initiator des Bürgerkrieges war, daß er ohne den Klerus nie stattgefunden hätte, daß Franco nur mit Hilfe des Klerus, der stärker ist als er, regieren kann.

Ergänzend zu Ihrem Bericht möchte ich einen Vorfall Ihnen zur Kenntnis bringen, der zeigt, daß der Kalte Krieg gegen Rußland nicht nur auf der höheren, sondern auch auf der unteren Ebene tatsächlich bereits gleich nach Kriegsende 1945 begann.

1945 im Mai befanden sich etwa 30 000 deutsche Kriegsgefangene in einem amerikanischen Lager bei Calbe, südlich Magdeburg. Als jene Gegend infolge der in Yalta und Potsdam vereinbarten Zoneneinteilung zusammen mit Thüringen, Sachsen usw. den Russen übergeben werden sollte (die dafür ihrerseits Westberlin abgaben), da wurden die 30 000 deutschen Kriegsgefangenen gefragt, ob einer von ihnen etwa den Russen übergeben werden wollte. Es meldeten sich dazu viele Tausende, nämlich fast alle diejenigen, die aus den bisher oder künftig von den Russen besetzten Gebieten stammten und daher die Hoffnung haben konnten, schneller in die Heimat zu kommen, wenn sie in der gleichen Zone blieben, zu der sie nun einmal gehörten. Das paßte aber den Amerikanern nicht, denn sie wollten ja sofort mit der Propaganda beginnen, daß die Russen Grauen einflößen und jeder aus der russischen Zone fort will. Gegen ihren Willen wurden also auch die Gefangenen, die für den Osten optiert hatten, in den Westen abtransportiert, und der Welt wurde verkündet, keiner habe zu den Russen gewollt. Ein Freund von mir, der mir dies erzählte, der auch lieber in der russischen Zone bleiben wollte, weil er aus ihr stammte, kam nach Cuxhaven. Er kam erst zwei Jahre später frei . . . *H. K.*